



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Steuerbetrug aufklären: Bericht über Cum-Ex-Geschäfte bayerischer Banken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über möglichen Steuerbetrug durch Banken in Bayern mit Hilfe so genannter Cum-Ex-Geschäfte zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Wann wurden in der bayerischen Finanzverwaltung Cum-Ex-Geschäfte erstmals bemerkt?
- Auf welche Höhe beläuft sich der jährliche Steuerschaden bei den Einnahmen der bayerischen Finanzverwaltung in den Jahren 2002 bis 2012 (brutto)?
- Wie viele und welche Kreditinstitute mit Sitz in Bayern haben sich nach Erkenntnissen der Staatsregierung an solchen Geschäften beteiligt?
- Ob und wenn ja, in welchem Umfang haben sich Kreditinstitute des öffentlichen Sektors an den Geschäftsgestaltungen beteiligt und erfolgte dies gegebenenfalls auf eigene oder auf Rechnung ihrer Kundinnen und Kunden, wie konnte es gegebenenfalls zu einer solchen Beteiligung an diesen Geschäften kommen und erhielten die öffentlichen Eigentümerinnen und Eigentümer der Banken bzw. die entsprechenden Aufsichtsgremien gegebenenfalls hiervon Kenntnis?
- Wurden in der bayerischen Finanzverwaltung ausreichend Vorkehrungen getroffen und/oder geplant, um ähnliche Gestaltungen, z.B. beim Dividendenstripping künftig wesentlich frühzeitiger zu erkennen und unterbinden zu können? Wenn ja, ab wann?
- Bestehen nach Ansicht der Staatsregierung, bezogen auf die erfolgten oder ähnlichen Gestaltungen im Bereich der Kapitalertragsteuer, strukturelle Defizite in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Finanzverwaltung?

Begründung:

Einer der größten Steuerskandale Deutschlands muss aufgeklärt werden: Im Zeitraum von 2002 bis 2012 wurden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler durch so genannte Cum-Ex-Geschäfte Schätzungen zufolge um 12 Mrd. Euro gebracht. Nutznießer waren fast ausschließlich sehr reiche Einzelpersonen und große Banken. Es ist davon auszugehen, dass auch die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschädigt worden sind. Bisher hat sich Presseberichten zufolge nur eine Bank, die ihren Hauptsitz in Bayern hat, die HypoVereinsbank, zu solchen Geschäfte bekannt. Möglicherweise sind es aber noch mehr. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch erstens auf Aufklärung im Bereich der Banken und bei den zuständigen Behörden und zweitens auf Maßnahmen, um solchen Steuerbetrug in Zukunft zu verhindern.